

An die lokalen Medien

Essen, den 15. August 2006

Lernmittelfreiheit für Bezieher von Arbeitslosengeld II

Schon wenige Tage nach Schulbeginn werden die katastrophalen Auswirkungen der umstrittenen Schulrechtsänderung offenbar, die im nordrhein-westfälischen Landtag im Juni mit den Stimmen von CDU und FDP verabschiedet wurde. Gab es bei der Einführung von Hartz IV noch eine Übergangsregelung zur Lernmittelfreiheit für ALG II-EmpfängerInnen, so ist in der nun vom Landtag beschlossenen Schulgesetzgebung dieser Personenkreis ausdrücklich nicht erwähnt und hat damit auch keinen Anspruch mehr auf Lernmittelfreiheit. Vielmehr stellt das Gesetz diesen Punkt ins Ermessen der einzelnen Schulträger, also der Städte und Gemeinden.

Dazu Brigitta Möller-Ruhrländer, Ratsfrau und schulpolitische Sprecherin der GRÜNEN Fraktion: „Die Sicherstellung ordnungsgemäßen Unterrichts ist jedoch Landessache. Es ist schon ein Unding, wie die CDU/FDP-Mehrheit im Land Kosten auf dem Rücken der sozial Schwachen spart und dabei gleichzeitig versucht, den Schwarzen Peter an die Kommunen weiterzureichen. Alle in der CDU/FDP-Koalition wissen, dass die meisten Städte und Gemeinden in NRW große finanzielle Probleme haben und viele, genau wie Essen, sogar einen sog. Nothaushalt. Jetzt so zu tun, als könnten die Kommunen in die Bresche springen, wenn sie nur wollten, ist zynisch. Eine Stadt, die wie Essen einen Nothaushalt hat, darf nur Ausgaben tätigen, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist. Die Lernmittelfreiheit für ALG II-EmpfängerInnen gehört seit der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes nicht mehr dazu.“

Trotzdem darf die Stadt nach Auffassung der Grünen Ratsfraktion angesichts der akuten Notsituation nicht untätig bleiben. Es ist deshalb umgehend zu prüfen, ob über Stiftungsmittel und die Einrichtung einer Tauschbörse für Schulbücher kurzfristig Abhilfe geschaffen werden kann.

Allerdings seien diese Notmaßnahmen keine Dauerlösung, betont Möller-Ruhrländer: „Der Zugang zu elementaren Lernmitteln darf für Bedürftige nicht von privaten Almosen abhängig werden und eine Änderung des Schulgesetzes ist daher zwingend erforderlich. Hier muss dann allerdings auch die lokale CDU Farbe bekennen, wenn es darum geht, gemeinsam gegen die herrschende Landespolitik und für die Interessen unserer Kinder zu kämpfen.“

Nachfragen können Sie an Brigitta Möller-Ruhrländer unter der 0176-22217436 richten.